



Neue Lausitz Briefing #44 / 15. November 2022

Anfang Oktober hat Nordrhein-Westfalen für Aufregung gesorgt: Der Kohleausstieg 2030 sei beschlossen und komme garantiert, so verkündete es die Landesregierung gemeinsam mit dem Energiekonzern RWE. Dass der Energiekonzern der Lausitz, die Leag, praktisch zur gleichen Zeit etwas ganz ähnliches verkündete, wurde dagegen nur von Feinschmeckern wahrgenommen. Bis 2030 will der Konzern mit Windkraft und Photovoltaik sieben Gigawatt Leistung generieren, kündigte Vorstandschef Thorsten Kramer damals an.

Gut, das ist noch kein Kohleausstieg, geht aber deutlich in die Richtung einer Entkoppelung vom umstrittenen Bodenschatz. Die gilt seither in der Lausitz nicht mehr als Ding der Unmöglichkeit. Das ist ein Verdienst der Leag, das muss man schon sagen.

Mit Kramers Ankündigung einer „Gigawatt Factory“ wurde vielen Kritikern von Windkraft und Photovoltaik erstmal klar, dass die Leag noch anderes macht als Kohle aus Löchern zu baggern: nämlich Windräder und Photovoltaik-Anlagen bauen. Es ist eine Revolution, die mit ganz süßigen Buzzwords des Weges kommt. „Giga“ klingt sehr groß und „Factory“ klingt nach guter alter Industrie.

Auf dem Lausitz-Forum 2038 spielte natürlich die Frage des Kohleausstiegs die Hauptrolle. In allen Gesprächsrunden, die ich dort moderieren durfte, wurde die emotionale Kraft deutlich, die die Zahlen 2030 und 2038 in Deutschlands größter Kohleregion noch immer entfalten. Robert Saar hat für die Neue Lausitz genau zugehört und Ihnen die wichtigsten Streitpunkte, Konfliktlinien und Neuigkeiten mitgebracht. Lassen Sie sich überraschen.

Ihre
Christine Keilholz

Der Krieg, die Energie und der ostdeutsche Mittelstand **Analyse**

Russlands Angriffskrieg trifft die ostdeutsche Wirtschaft besonders hart. Beim Lausitz-Forum der Unternehmerverbände gingen zwei Ministerpräsidenten damit sehr unterschiedlich um.
Von Robert Saar



"Deutschland muss sich so schnell wie möglich unabhängig von Energie aus dem Ausland machen." Mit solchen Sätzen ertete Brandenburgs Ministerpräsident nicht ganz so viel Applaus wie sein Kollege aus Sachsen. Foto: Lausitz-Forum/Claudia Koslowski

Sachsens Ministerpräsident profilierte sich in den vergangenen Monaten als Kritiker von Sanktionen und als zukünftiger Partner Russlands. Den Krieg in der Ukraine solle man einfrieren und russisches Gas wieder beziehen. Dies vertrat der CDU-Politiker Michael Kretschmer in Talkshows, in Interviews und auf einem LKW bei einer Demo in Grimma. Dafür musste er viel Kritik einstecken, nicht wenige christdemokratische Parteikolleginnen und Kollegen distanzieren sich von ihm. Dabei betonte Kretschmer stets, er vertrete die Ansprüche und Forderungen der ostdeutschen Unternehmen. Beim Lausitz-Forum 2038 in der vergangenen Woche sah es aus, als sei da etwas dran.

Kretschmers Kritikpunkten lag die Annahme zugrunde, dass Deutschland unter den Sanktionen mehr leidet als Russland - und Ostdeutschland im Besonderen. **„Wirtschaftlich muss Deutschland stark bleiben, eine führende Industrienation“**, forderte Sachsens Ministerpräsident lautstark im Kulturhaus der BASF in Schwarzheide, wo um die 200 Gäste der Unternehmerverbände Brandenburg-Berlin und Sachsen versammelt waren.

Aber der Krieg in der Ukraine mit seinen Folgen ist nicht das einzige, was die Unternehmer zwischen Prignitz und Zittau Sorgen macht. In einer feurigen Rede forderte Kretschmer gezielte Fachkräftezuwanderung in die Lausitz und eine ICE-Strecke Berlin-Cottbus-Görlitz. Die Hochgeschwindigkeitstrasse solle, wenn es nach ihm geht, weiter über Wrocław und bis in die Ukraine führen. Positiv hob Kretschmer das Festhalten der Bundesregierung an den Strukturwandelplänen und -gesetzen hervor. Das waren seine einzigen lobenden Worte für die Ampel an diesem Tag. Eine Übergewinnsteuer für die Energieunternehmen werde er nicht mittragen. Es sei falsch, **„einem Konzern wie der Leag das Geld abzugraben, wenn man von diesem Unternehmen erwarte, beim Umsatteln auf erneuerbare Energien eine Führungsrolle einzunehmen“**. Auch der Kohleausstieg 2038 sei vereinbart und solle nicht verändert werden.

Verbände fordern Festhalten an 2038

Dagegen hielt der Grüne Michael Kellner. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand gab sich als Gast in Schwarzheide optimistisch, dass ein Ausstieg bis 2030 gelingen könne. Kellner sprach vom **„Standortvorteil Ostdeutschland bei den erneuerbaren Energien“** - und lag damit auf einer Welle mit der BASF-Geschäftsführerin Anne Francken, die sich über einen nagelneuen Solarpark auf dem Firmengelände freuen kann. Der Vertreter der Bundesregierung betonte gleichsam, Deutschland müsse ein Industrieland bleiben und wie wichtig die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von Erneuerbaren sei.

Doch Kellners schmetternde Rede verfiel bei den Versammelten kaum. Burkhardt Greiff, Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin sprach von einem „**Insolvenz-Tsunami**“, der bereits im Gange sei. Während der von der Ampel angestrebte Kohleausstieg 2030 völlig ausgeschlossen sei, könne man über 2033 oder 2035 als mögliche Ausstiegsjahre nachdenken, führte der Unternehmervertreter aus. Greiff warnte überdies vor einer „**Deindustrialisierung Deutschlands**“ - diese Formel kursiert auch bei den teilweise von Rechtsextremen organisierten Straßenprotesten gegen die steigenden Energiepreise.

Gezielte Einwanderung gefordert

Beim Kohleausstieg geht es aber um mehr als die Haltung der Unternehmen: Verteilung der Energie mittels Stromnetzen ist Voraussetzung für den flächendeckenden Einsatz Erneuerbarer Energien. Nach deren Verfügbarkeit erkundigen sich bereits jetzt fast alle Unternehmen, die Investitionen und Standorterweiterungen erwägen, sagte ein sächsischer Wirtschaftsförderer der Neuen Lausitz.

Da Erneuerbare in aller Regel aus deutscher oder europäischer Gewinnung stammen, gelten sie als verlässlich. Es liege also an der Bundesregierung, langwierige Verfahren zu entschleunigen, um schnellen Netzausbau voranzutreiben, so die Mehrheitsmeinung in Schwarzheide. Norbert Menke, Geschäftsführer der Sächsischen Agentur für Regionalentwicklung (SAS), brachte zum Kohleende noch einen weiteren Punkt ins Spiel. „**Wenn nun aufgrund der Energiekrise mehr Kohle verfeuert wird als vorgesehen, dann ist das bereits definierte Budget an Kohle wohl lange vor 2038 verbraucht**“, sagte Menke. „Das ist einfach Mathe.“

Die größte Herausforderung des Strukturwandels, da waren sich quasi alle einig, ist der Fachkräftemangel. Der bedroht die Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der Lausitz. Der Chef eines mittelständischen Unternehmens, das einen Maurerroboter entwickelt, sprach mit Blick auf die Ansiedlungen von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen von der Kannibalisierung von Arbeitsplätzen. „**Im Moment profitieren wir nicht vom Strukturwandel**“, sagte Steffen Söll, Geschäftsführer der SKM in Boxberg. Mittelständler wie er müssen im Rennen um die wenigen Fachkräfte nun auch noch gegen derlei Konkurrenz ankämpfen. Er wünsche sich eine gezielte Arbeitsmigration in die Lausitz, sagte Söll. Idealerweise würden die Leute direkt vom Großflughafen BER in die Lausitz kommen.

Kann Fracking neue Energie bringen?

In Schwarzheide traten gleich zwei Ministerpräsidenten auf: Brandenburgs Dietmar Woidke machte klar: "**Deutschland muss sich so schnell wie möglich unabhängig von Energie aus dem Ausland machen.**" Jedoch ohne umweltschädliches Fracking, stellte der SPD-Mann klar. Dieses würde in den nächsten drei Jahren ohnehin keinen Effekt entfalten können, so Woidke.

Lukas Rohleder von der IHK Dresden sah das anders. Er sagte der Neuen Lausitz, dass viele Unternehmen und Wirtschaftsverbände in dieser Fördermethode eine große Chance sähen. Woidke war auch klar in seinem Wunsch nach mehr Unterstützung des Bunds bei Infrastruktur-Projekten in der Lausitz. Dabei kam Brandenburgs SPD-Regierungschef ohne Attacken auf das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium aus. Anders als sein sächsischer Kollege.

„Wir sind alle Opfer der Grünen Jugend“, befand Michael Kretschmer, da diese ihre Partei zu Positionen zwingen, die ideologisch seien. Vage blieb er in Sachen Russland: **„Wir werden in Zukunft nur in Frieden und Wohlstand leben können, wenn wir irgendwie einen Umgang finden mit diesem Konflikt und Russland.“** Nach den Auftritten Kretschmers in den vergangenen Wochen und Monaten dürfte allen klar sein, was er damit meint. Ein möglichst schnelles Ende der Feindseligkeiten und eine zügige Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Land, das ein anderes erobern will. Doch man konnte den Ministerpräsidenten schlecht verstehen im zweiten Teil des Satzes. Es war Applaus ausgebrochen. Applaus, den Dietmar Woidke beim Verweis auf das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nicht erhielt.